

# Emser Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 249

Bad Ems, Mittwoch, den 29. Oktober 1919

71 Jahrgang

## Letzte Nachrichten.

### Konflikt wegen der Baltentruppen.

Berlin, 29. Okt. Laut einer Züricher Meldung ist bekannt, wie sich die Kommission zur Klärung der Provinzen vorübergehend in Berlin aufhalten, Einsicht in die offiziellen Dokumente, besonders in der deutschen Regierung an den Großen v. d. Goltz die deutschen Truppen erlassenen Befehle zu nehmen.

Paris, 28. Okt. Zum Vertreter Frankreichs in der internationalen militärischen Kommission für das Jahr nach der Liberte General Nessel ausersehen.

### Neue Milliarden-Kredite.

Berlin, 28. Okt. Der der Nationalversammlung im Reichsgesetzgebungsrat für 1919 erhält einen Kreditanspruch von über 8 Milliarden Mark. Fast alle Länder haben erhöhte Ausgaben. Aus den gesamten Einnahmen ergibt sich ein Anleihebedarf von 4,6 Milliarden Mark für auf gesetzlichem Wege für 3,4 Milliarden Mark Kreditbewilligung erteilt wurde.

### Das Reichsnotopfer.

Berlin, 29. Okt. Die Reichsabgabebestimmung wurde dem Reichsnotopfer der Nationalversammlung in zweiter Lesung angenommen.

### Die Kriegsverluste Sachsens.

Berlin, 29. Okt. Dem Verh. Dr. Lohmann zufolge sind die Verluste des Reichsnotopfers Sachsens erheblich zurückgegangen. Gegenüber der Ziffer vor dem Krieg beläuft sich die Zahl auf rund 250 000 Personen.

### Emmencan elsfässischer Kammervertreter.

Paris, 28. Okt. Wie amtlich bekannt gemacht, hält Ministerpräsident Emmencan die angekündigte Wahlprogrammrede am 4. November in Straßburg.

### Kohlenmangel in Nordfrankreich.

Paris, 28. Okt. Der Matin bestätigt, daß am Mittwoch die Fabriken der Schwerindustrie von Nord und Tourcoing wegen Kohlenmangels geschlossen wurden.

### Die Reichswehr.

Der Beratung des Heeres- und Marine-Etats im Reichsnotopfer der Nationalversammlung machte der Reichsnotopfer Rostke Angaben über den Aufbau der Reichswehr. Er teilte mit, daß wir erst am 1. April 1920 dazu kommen, den Etat aufzustellen, der die künftige Reichswehr werden. Trotz der geringen Zahl der uns verbleibenden Truppen hoffe er, daß die Möglichkeit bestehe, einen Apparat von gewisser Bedeutung herzustellen. Er habe kein Grund zu vertraulichen Verhandlungen, die hätten nichts zu verbergen; auch in Bezug auf die Reichswehr gebe es nichts zu verheimlichen. Bei der Minister auf die Anknüpfung an verfügbare Offiziere hin. Es müßte darauf Bedacht genommen werden, ruhige Führer in ihnen zu haben. Mehrere Anknüpfungen des Übergangsheeres wurden vom Reichsnotopfer folgende Mittelungen gemacht: Innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten des Friedensvertrages sollte die Stärke des deutschen Heeres auf 200 000 Mann, bis 1. April 1920 auf 100 000 Mann zurückgeführt sein. Von 100 000 Mann darf nicht mehr als sieben Infanterie- und drei Kavalleriedivisionen umfassen. (Artikel 163 der Friedensbedingungen.) Den zu bildenden Infanteriedivisionen des Heeres von 100 000 Mann ist das Reichsgebiet vom 1. Oktober 1919 zu 23 Wehrkreise eingeteilt. Die Wehrkreise werden territorialen Ergänzungsbereiche der Divisionen sein. Wehrkreiskommandos sind die Befugnisse der Wehrkreiskommandos übertragen. Für die drei Kavalleriedivisionen sind Territorialbezirke nicht vorgesehen, da die Kavallerie als leichtbeweglich, Truppen über das ganze Reich verteilt werden muß. Die Wehrkreise sind: 1. Ostpreußen, Wehrkreiskommando Königsberg; 2. Pommern, Wehrkreiskommando Stettin; 3. Mecklenburg, Wehrkreiskommando Stettin; 4. Provinz und Freistaat Sachsen, ein Teil von Wehrkreiskommando Dresden; 5. Thüringen, Wehrkreiskommando Weimar; 6. Baden, Wehrkreiskommando Stuttgart; 7. Bayern, Wehrkreiskommando München. Wehrkreiskommandos sind vom 1. April 1920 an die Befugnisse des endgültigen Friedensheeres.

Nach dieser Einteilung des Reichsgebiets für das Friedensheer erfolgt auch die Aufstellung des Heeres. Das Heer besteht aus 20 Reichswehrbrigaden. Diese werden aus den bisherigen 43 auf dem Wege der Schaffung von Verbänden durch Zusammenlegung aller bisher bestehenden Verbände gebildet. Die Zusammenlegung erfolgt nach der Wehrkreise und grundsätzlich in der Weise, daß die Truppenteile, die in einem Wehrkreis lagen, zusammengeführt werden. Von den 20 Brigaden entfallen 10 auf jeden Wehrkreis zwei. Ausnahme aus Gründen der innerpolitischen Lage im

Wehrkreis 3 und 4, zur Erreichung der nach der Bevölkerungsstärke zu bestimmenden Truppengröße im Wehrkreis 7. Die Reichswehrbrigaden unterstehen territorial den Wehrkreiskommandos, für Truppenführung und Ausbildung den Reichswehrgruppenkommandos. Die Reichswehrgruppenkommandos sind im Übergangsheer vier vorhanden, sie unterstehen dem Reichswehrminister. Truppenführung und Ausbildung liegt nach dessen Weisungen in ihren Händen. In dieser Beziehung unterstehen ihnen auch die Wehrkreiskommandos. Es sind grundsätzlich in jeder Brigade folgende Verbände vorhanden: zwei Infanterieregimenter zu drei Bataillonen, ein Kavallerieregiment zu drei Schwadronen und eine Maschinengewehrabteilung, ein Pionierbataillon zu zwei Kompanien, ein Scheinwerfer- oder Beleuchtungs- und ein Sanitätskommando, eine Nachrichten-, eine Kraftfahrabteilung, ein Staffelflieger und eine Sanitätskompanie. Die unregelmäßige Gliederung einzelner Brigaden erwies sich als nötig, weil die Länder Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen ihren Bevölkerungsgrößen entsprechend beteiligt werden mußten; ferner um in den preussischen Bezirken Ungerechtigkeiten bei der Verminderung zu vermeiden.

### Wilson's Stellung in der Entente.

Die Untersuchungen der deutschen Kommission auf Prüfung der Verantwortlichkeit haben, nach einer „Internationalen Presse“-Meldung aus London auch in England großes Interesse geweckt, besonders weil englische Diplomaten behaupten, daß man in Deutschland einen völlig verkehrten Eindruck von der Macht Wilsons im Jahre 1918-19 in Bezug auf die Alliierten heilige. Das Vertrauen des Grafen Bernstorff in Wilson und Oberst House bezeichnet ein bekannter englischer Diplomat als sentimentale Fiktion. Denn Wilson hatte weder Auftrag noch Bestimmung von einem Verbündeten, um damals mit Deutschland über die Möglichkeit eines Friedens zu verhandeln. Wenn Wilsons Äußerungen dem Grafen Bernstorff Veranlassung gab, zu sagen, daß hinter Wilson eine starke Gruppe der Alliierten stünde, dann habe er sich eben getäuscht. Oberst House, der damals nach Europa und auch nach Deutschland umreiste, um sich von den tatsächlichen politischen Verhältnissen zu informieren, erhielt in London und Paris den klaren Eindruck, daß die Entente nicht geneigt war, auf etwaige Vorschläge Deutschlands einzugehen, mit Hilfe von Amerika über Wilson zum Frieden zu kommen. Diese Auffassung hat Oberst House in London seinem Freunde mitgeteilt und erwähnt, daß Wilson es unter diesen Umständen nicht wagen werde, den Alliierten Vorschläge zu unterbreiten. Kriegsgründe für Amerika seien gegeben, aber die Art Wilsons ließ die Forderung verfehlen, zumal damals vor Eintritt Amerikas in den Krieg besonders im Jahre 1918 noch nicht zu übersehen war, inwieweit die Entente die Hilfsquellen Deutschlands und Japans noch ausbeuten könnten. Bekanntlich hat die Entente davon abgesehen, als Amerika mit seinen gewaltigen Materiallieferungen am Kampfe teilnahm. Die Enthaltungen, welche man jetzt in Deutschland erblickt, können daher auf Irrwege führen, wenn sich nicht Oberst House oder englische Diplomaten darüber äußern.

### Die Nationalversammlung.

Sitzung vom 27. Oktober.

Bei der Staatsberatung ist die Nationalversammlung zum Etat des Reichswirtschaftsministeriums gekommen.

Der Leiter dieses Ministeriums, Schmidt, gab heute einen Überblick über unsere wirtschaftliche Lage. Er bezeichnete es als falsch, unsere Lage als zu düster zu schildern. Es seien Anlässe zur Besserung vorhanden. Die Kartoffelernte sei nicht gut ausgefallen und unsere Winterverförmung außerdem durch die Transporterschwerigkeiten gehindert. Ueber die Einfuhr von Auslandsprodukten machte er folgende Mitteilung: Es sind an solchen Produkten in der ersten Hälfte dieses Jahres eingeführt worden: 417 135 Tonnen im Werte von 2 141 268 000 Mark, darunter Reis 16 000 Tonnen im Werte von 79 000 000 Mark, Zucker für 12,5 Millionen Mark, Hüllensfrüchte: 28 000 Tonnen für 112,7 Millionen Mark, Vieh und Fleisch im Werte von 580 Millionen Mark, Getreide: 220 000 T. im Werte von 538 Millionen Mark, Gemüse für 33 Millionen Mark, Eier 47,5 Millionen Stück im Werte von 30 Millionen Mark, Butter im Werte von 71,9 Millionen Mark, Schmalz im Werte von 30 Millionen Mark, Käse für 11 Millionen Mark, Milch für 108 Millionen Mark, Kartoffeln 304 000 Tonnen im Werte von 180 Millionen Mark, ferner Hülsen 37 900 Tonnen.

Der Minister fuhr fort: Diese Einfuhr bedeutet eine erhebliche Zunahme gegenüber derjenigen im vorigen Jahre, und es kann festgestellt werden, daß die Gesamterzeugung und Versorgung gegenüber dem bisherigen Zustand erheblich besser geworden ist. Was nun die Gesamtübersicht über den kommenden Winter anbetrifft, so haben wir seit in der Hand Getreide für unseren Bedarf bis Ende des Jahres. In Fleisch sind Abschlässe für Geflügel und Speck in einem Umfang getätigt worden, daß wir bei mäßigen Ansprüchen bis Ende des Jahres eingedeckt sein werden. Mit Hülsen sind wir infolge der notwendigen Lieferung bis zum März nächsten Jahres eingedeckt. Der Minister stellte weitere staatliche Unterstützung für die Rohstoffeinfuhr in Aussicht. Ferner kündigte er eine Vorlage an, welche die Strafen für Preiswucher im Einklang erhöhen und das Preisverfahren beschleunigen soll. Sodann besprach er die Kohlenfrage und machte in dem Zusammenhang die Mitteilung, daß dem Parlament eine Vorlage zugehen

werde, um auf genossenschaftlicher Grundlage den Bergarbeitern ein Mitbestimmungsrecht in der Wohnungsfürsorge zu gewähren. Durch den Bau von Eigenheimen soll den Bergarbeitern eine besondere Vergünstigung zuteil werden. Der Minister erhofft als Wirkung dieser Maßnahme eine Steigerung der Arbeitsfreudigkeit der Bergarbeiter. Die Kosten des vorgesehenen Baues von Eigenheimen sollen durch einen kleinen Zuschlag auf die Kohlenpreise gedeckt werden. Wenn die Industrie genügend mit Kohlen versorgt werden könnte, würde der Minister mit großer Ruhe der kommenden Entwicklung entgegensehen. Er bekundete den festen Willen, allen Versuchen, die Bergwerke durch politische Streiks lahmzulegen, mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Am Schluß seiner Rede wandte sich der Minister Schmidt an das Ausland und erinnerte an die einseitige Solidarität der wirtschaftlichen Interessen. Wenn uns der Verband nicht so viel Kohlen überlasse, wie zur Entwicklung unserer Industrie erforderlich sei, würden unsere Leistungen Frankreich gegenüber in Frage gestellt. Dann würden auch alle Druckmittel nichts helfen, die nur Haß und Erbitterung hervorriefen. Nur gegenseitiges Vertrauen und gerechtes Einsehen des Könnens werde Europa wieder auf die kulturelle Höhe bringen können.

Die Aussprache, an der sich die Abgeordneten (Hoch, (Zug), Brauns (Str.), Hermann (Demokr. Württemberg) und Dr. Kesside (Deutschland) beteiligten und die sich im wesentlichen um die Fragen der Ernährung der Zwangswirtschaft und der Saluta drehte, brachte in der Stellungnahme der Parteien keine neuen Momente. Sie wird morgen 1 Uhr fortgesetzt werden, dazu Peresetat.

### Ein Wirtschaftsrat.

Beim Reichswirtschaftsministerium ist unter dem Namen Wirtschaftsrat eine Körperschaft errichtet worden, der es obliegen soll, vorläufig die Arbeiten zu erledigen, die der § 165 der Reichsverfassung dem künftigen Reichswirtschaftsrat vorbehalten sind. Für die Organisation und die Tätigkeit dieses neuen Wirtschaftsrats sind einseitig die folgenden Richtlinien vereinbart worden: Der Wirtschaftsrat setzt sich in seinen einzelnen Gruppen aus Vertretern der Arbeitgeber und -Nehmer, der Erzeuger und Verbraucher zusammen. Der Wirtschaftsrat hat den Zweck, auf Grund selbständiger Beratung und Entscheidung die Willensäußerung der in ihm vertretenen Wirtschaftsklassen dem Reichswirtschaftsministerium gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Der beim Reichswirtschaftsministerium eingerichtete Ministerielle Ausschuss hat alle wichtigen wirtschaftlichen Fragen der Ein- und Ausfuhr vor der Entscheidung dem Wirtschaftsrat zur Beratung und Entscheidung zu unterbreiten. Auch kann der Wirtschaftsrat aus eigener Entscheidung zu Fragen, die auf seinem Tätigkeitsgebiet liegen, Stellung nehmen und diese nach vorheriger Beratung mit dem Ministerielle Ausschuss dem Reichswirtschaftsminister unterbreiten. An den offiziellen Sitzungen des Wirtschaftsrats nimmt eine Vertretung des Reichswirtschaftsministeriums teil. Der Ministerielle Ausschuss trägt dafür Sorge, daß das notwendige Material dem Wirtschaftsrat rechtzeitig zugeht. Der Wirtschaftsrat wählt zur Leitung seiner Verhandlungen und Erledigung der rein geschäftlichen Angelegenheiten je einen Vorsitzenden von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, die vom Minister zu bestätigen sind. Etwa entstehende Kosten werden auf die im Wirtschaftsrat vertretenen Gruppen im Verhältnis ihrer Vertretung im Wirtschaftsrat umgelegt. Der in den Richtlinien genannte Ministerielle Ausschuss ist eine Körperschaft, die zu gleicher Zeit mit dem Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium errichtet ist und nur aus Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums besteht. Die Tätigkeit des Reichswirtschaftsrats hat bereits begonnen.

### Die besetzten Gebiete.

Die Rheinlandpolitik des Temps. Das Wolff-Büro verbreitet folgende Meldung: Der Temps beschäftigt sich in seinem Montags-Beitrag mit einer Eingabe der Handelskammer von Köln, die sie im Namen der 23 Handelskammern des besetzten Gebiets wegen der ungeheuren Warenmengen, die im Rheinland seit dem Waffenstillstand eingeführt wurden, an die deutsche Regierung gerichtet hat. Worauf der Temps hinaus will, das ergibt sich gegen Ende seines Artikels. Er sagt, daß nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrags, wenn der geschäftliche Verkehr wieder frei würde, offenbar die Deutschen die Abicht hätten, den Preis der Waren zu erhöhen, indem sie behaupten, der heutige Preis entspreche nicht dem hohen Getreidepreis, den hohen Gehältern, dem Preis der Kohlen und schädige den Markkurs. Man scheine die Absicht zu haben, sagt der Temps, durch diese Preissteigerung den Kredit Deutschlands wiederherzustellen, indem man eine allgemeine Lebensverteuerung herbeiführe. Wenn man voraussetzt, daß das Deutsche Reich gezwungen sei, um seinen Kurs zu verbessern, zu einem derartigen homöopathischen Mittel zu greifen, dann müsse man bemerken, daß das Rheinland sich genommen nicht unbedingt darin inbegriffen sein müßte. Das Rheinland sei sehr reich. Wenn man ihm Rohmaterialien liefere, so könne es so viel ausführen, daß, wenn man die rheinische Mark abstempeln würde, der Kurs höher stehen würde als der der anderen deutschen Banknoten. Das Rheinland hätte also gar kein Interesse, unter die wirtschaftliche Ordnung zu fallen, die das übrige Deutsche Reich annehmen werde, eine Ordnung, die doch die vollkommene Freiheit des Austausches nur unter der Bedingung wieder zeitigen könne, daß die Preise stark in die

Höhe gingen. Das Rheinland hätte also ein Recht, ein besonderes wirtschaftliches Regime zu verlangen, wenn der Friedensvertrag in Kraft getreten sei. Wie denken darüber, so schließt der Temps, die alliierten und assoziierten Regierungen?

Niederlage der Birkenfelder „Regierung“. Bei der Wahl zur Landesversammlung erhielten die durch Wahlvorschlüge vereinigten Parteien, Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Bauernbund und Mehrheitssozialisten zusammen 13004 Stimmen, die Liste der Regierungspartei 1322 Stimmen, die Unabhängige sozialdemokratische Partei 47 Stimmen. Auf die vereinigten Parteien entfielen 23, auf die Regierungspartei nur zwei Sitze in der Landesvertretung. Die republikanische Regierung hat somit eine vernichtende Niederlage erlitten.

Gegen Schieber und Wucherer. In Coblenz war am Montag beim Reichskommissar v. Staud die erste Sitzung des in der Versammlung am 18. d. M. gewählten beiderseitigen Ausschusses zur Beratung von Maßnahmen gegen das Schieber- und Wucherertum. Als Schieber wurden Personen bezeichnet, die mit Waren, namentlich Lebensmittel und Bekleidungsgegenständen, handeln, und dabei eine übermäßige Verteuerung der Ware herbeiführen und einen übermäßigen Gewinn erzielen, indem sie durch unnötige Einschaltung zwischen Erzeugern, den normalen Händlern und den Verbrauchern, meist auch unter Verletzung der gesetzlichen Vorschriften, unter Ausnutzung der gegenwärtigen Warenknappheit die Preise übermäßig erhöhen. Als Wucherer gelten auch Erzeuger, die über einen angemessenen Preis hinausgehen. Als Maßregeln zur Bekämpfung des Unwesens wurden in verständlicher Besprechung festgestellt: Schärfung der Gesetze durch die Berufsvereinigungen, Schließung unzuverlässiger Geschäfte, Veröffentlichung von Schieber- und Wuchererlisten, Ersuchen an die Verbündeten, den bekannten englischen Erlass überall und allgemein auszugeben, besonders auf die Ausfuhr von Getreide und Fleisch, Sammlung der bisherigen Vorschriften gegen das Schieber- und Wucherertum. Als weitere Maßregeln werden festgestellt: Zwang, die Rechnungen vorzulegen und die Waren anzumelden, hohe Strafen, Zuchthaus und Gefängnis, rückichtsloses Einschreiten gegen bestechliche Beamte, Veröffentlichung ihrer Namen, Inanspruchnahme der Berufsvereinigungen um Unterstützung, Schließung der Zeitungsbetriebe als unzuverlässig, die wiederholt gegen die Vorschriften über Schiffe- und andere Anzeigen verstoßen haben, Verpflichtung der Post- und Eisenbahnbeamten, verdächtige Wahrnehmungen den Vorgesetzten zu melden, die zu überlegen haben, was damit anzufangen ist, unter Umständen unter Milderung des Postgesetzes und der Bestimmungen über das Postgeheimnis, Einrichtung von Sondergerichten bestehend aus einem Richter als Vorsitzenden, zwei Beisitzern, die die Preisprüfungsstellen, und zwei, die die Handelskammern bezeichnen, Auszeichnung der Waren in den Warenanslagen mit Preisen.

#### Deutschland.

Kredithilfe. Skandinavische Handelsgesellschaften beschließen, deutschen Handelsgesellschaften 10 Millionen Kronen zu kreditieren. Schweden beteiligt sich in diesem Darlehen mit 4, Norwegen und Dänemark schießen je 3 Millionen Kronen vor. Das Darlehen soll Deutschland in die Lage versetzen, seine Lebensmittelaufkäufe in skandinavischer Währung zu bezahlen, da der niedere Kurs der deutschen Mark es untunlich macht, in deutscher zu zahlen. Der Abgeordnetentag der Vereinigten Dänischen Handelsgesellschaften erinnerte an die brüderliche Hilfe, die Deutschland seinerseits in früheren Jahren geleistet hätte.

Der Kampf um die Schule. Nach einer Meldung der Tel.-Union, die auch die Köln. Volksztg. wiederholt, nahm Erzbischof v. Faulhaber in einer von Laienenden besuchten Versammlung während des Katholikentages in München Gelegenheit, gegen das neue Regime Stellung zu nehmen. Die neue Reichsverfassung habe mit ihren Bestimmungen über die Schule den Katholiken den Kampf angefaßt, und diese würden ihn durchzuführen, solange was da wolle. Die Verfassunggeber, die die Religion aus dem öffentlichen Leben getilgt haben, haben kein Recht, die Staatsbürger auf die neue Verfassung mit der Eidesformel „Ich schwöre“ zu verpflichten. Ebenso verhält es sich mit

dem Eid auf die Steuererklärung. Jeder Klauige hat das Recht zu sagen, „Ich verweigere den Steuereid“. Die heutigen Machthaber, die Schachspieler zu sein glauben, um die Kirche mazzuziehen, sind in Wirklichkeit nur Schachfiguren. Der Erzbischof bezeichnete schließlich die Nachricht von den schwebenden Plänen über die Bildung einer „katholischen Donaumonarchie“, denen der Vatikan seine Unterstützung leihen soll, als Unwahrheit.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung nimmt am nächsten Freitag seine Untersuchung über die Friederiksvermittlung mit der Vernehmung des früheren Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg wieder auf. Wie es heißt, wird auch der Generalfeldmarschall v. Hindenburg, der eine Einladung zur Teilnahme an diesen Verhandlungen erhalten hat, geneigt sein, den kommenden Verhandlungen beizuwohnen. Für den Fall der Unwesenheit Hindenburgs dürfte auch mit dem Erzbischofen Ludendorff zu rechnen sein.

Das „Loch im Westen“. Der Reichsfinanzminister hat mitgeteilt, daß am 1. November die Zollgrenze im Westen fertig eingerichtet sein werde. Es dürfte aber immerhin freilich sein, ob dies bis dahin möglich wird. Wenn es jedoch auch der Fall sein sollte, so gibt es doch wahrlich noch allerlei Schwierigkeiten. Deutschland soll zum Beispiel jetzt 50 Stück des deutschen Zolltarifs mit allen Nachträgen für die Behandlung der Zollfragen nach Versailles liefern, was längere Zeit beanspruchen wird, da es kaum so viel vollständige Zolltarifbücher geben wird und unter Umständen ein Neudruck dieses sehr umfangreichen Werkes nötig wird. Es scheint, daß in Versailles die ganze Zollfrage angesetzt werden soll. Bis dahin wird auch vielleicht das „Loch im Westen“ noch nicht geschlossen.

Die Sicherung der Baltentruppen. Nach einer Meldung aus Rowno haben die Verhandlungen zwischen General v. Eberhardt und der litauischen Regierung über die Besetzung einer neutralen Zone längs der für den Abtransport der deutschen Truppen zu benutzenden Eisenbahnlinie dazu geführt, daß die litauische Regierung sich mit der von deutscher Seite vorgeschlagenen neutralen Zone einverstanden erklärt hat. Das innerhalb dieser neutralen Zone gelegene Geleiseldreieck bei Wische wird zur Aufrechterhaltung der Verbindung mit der Volkswirtschaft durch Infanteriepostierungen in der Höchststärke von einer Kompanie militärisch gesichert werden.

#### Ukraine.

Die Stellung zu Deutschland. Englischen Blättern zufolge hat die ukrainische diplomatische Sonderkommission in London eine Note an das britische Auswärtige Amt gerichtet, in der erklärt wird, daß der Konflikt zwischen den ukrainischen Truppen und den Streitkräften Deniks keineswegs eine Veränderung der Haltung der ukrainischen Regierung gegenüber den Bolschewiken bedeuete. Zu der Meldung, daß die Ukraine angeblich von Deutschland unterstützt werde, erklärt die Note, daß die Ukraine lediglich gezwungen gewesen sei, zur Aufrechterhaltung der Postverbindung mit Westeuropa deutsche Flugzeuge zu mieten. Die Note stellt ferner in Abrede, daß sich im Heere Petljuras deutsche Offiziere befänden. Sie bittet schließlich die britische Regierung, eine baldige Abklärung des zwischen der Ukraine und Denikin bestehenden Konflikts herbeizuführen, da nur die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten zwischen Denikins Freiwilligen und den Ukrainern zur vollkommenen Vernichtung des Bolschewismus führen könne.

#### Amerika.

Kredithilfe für Europa. In Atlantic City tagt zurzeit eine interalliierte Konferenz, die Weltwirtschaftsfragen berät. Wie nun der „New York Courant“ aus Atlantic City meldet, wird Amerika im nächsten Sommer Kredite von zwei Milliarden Dollars verschaffen müssen. Das Mitglied der Morgan-Compagny Morrow, teilte mit, daß während der ersten sieben Monate des Jahres 1919 Waren im Wert von 2673 Millionen Dollars ausgeführt wurden, was beweise, daß die Welt nach Friedensschluß ebensoviel von Amerika haben müsse, wie während des Krieges. Er glaube, daß die Zeit kommen werde, wo die Ausfuhr nach Europa allmählich abnehmen und die Einfuhr nach Amerika entsprechend zunehmen würde. Das wäre zu begrüßen, da dadurch die hohen Preise in Amerika vermindert werden würden.

Kuchengeräte erzeugte klappernde und poetternde Geräusche, an sein Ohr.

O, sie mußte furchtbar zornig und aufgebracht sein! Und wollte sie nicht aus dem Hause laufen, sobald er kein Ende machte? Wenn sie sich in ihrem persönlichen Empfinden durch Mariannes Treiben verletzt fühlte, Schimpf und Schande für das ganze Haus voraussetzte, brauchte er wahrlich Pastor Jakobsens Rat nicht. Ueberhaupt den keines Menschen.

Er wußte selbst, was er tun mußte. — Er redete sich energisch auf, schloß alle Knöpfe seines Rockes und trat mit zwei schnellen Schritten zur Tür.

Aber als er sie aufgerissen hatte, blieb er stehen und starrte mit großen Augen in die Liebestube.

Denn da kniete Marianne vor ihrem geöffneten Reisekorbe und packte ihre wenigen Habeigkeiten ein. Die Wände grünten den Sekretär lachend, ohne die „gräßlichen“, „sündhaften“ Bilder an. Der so heftig beschwerte und verhasste Zimmermensch lag bereits, wohlverwahrt in der Mappe, unten im Korbe.

Jensen war verblüfft und sprachlos. Das sah ja aus wie Vorbereitungen zur Abreise!

Als er sich nach geraumer Zeit von seinem ersten Erstaunen erholt hatte, trat er in das Gemach, zog die Tür zu und fragte, auf den Korb weisend: „Warum tust du das, Marianne?“

Die eifrig Beschäftigte hatte nur flüchtig aufgesehen, als die Tür geöffnet wurde, und ahnungslos gelächelt. Dann hatte sie ruhig weiter gepackt. Nach der Frage Jensens erhob sie sich und sagte: „Ich rüste mich zur Abreise, Onkel; denn ich will dein Haus verlassen.“

Also sie ging, ohne sich erst hinausweisen zu lassen! Beherdeter Jensens Brust hob und senkte sich unter einem Atemzug der Erleichterung, daß er einer peinlichen Notwendigkeit durch einen bereits auf der anderen Seite gefassten Entschluß entbunden wurde. Er war hier also vollständig überflüssig und konnte sich entfernen.

Dennoch blieb er und fragte: „Warum willst du fort, Marianne?“

Sie sah ihn fest an und entgegnete:

„Ich weiß, weshalb du gekommen bist: Du wolltest mich aus dem Hause weisen. Denn man hat dir wohl schon gesagt, daß ich trockenes Verbot heute in der Kirche gewesen bin. Es ist unnötig, dir die Gründe anzuführen. Wie mich dazu bewegen haben: denn du würdest

#### Volkswirtschaft.

Die Zuckerpreise für 1919–1920. Durch Verordnung vom 14. Oktober sind mit Zustimmung der Reichsrates und des Volkswirtschaftsausschusses der Nationalversammlung die Zuckerpreise für das Wirtschaftsjahr 1919–1920 neu festgesetzt. Der Rohzuckerpreis wurde unter Berücksichtigung der gestiegenen Kosten für die Zuckerzucker und deren Verarbeitung auf der Basis Magdeburg auf 53 Mark für den Zentner, der Verbrauchszuckerpreis auf 75,30 Mark für den Zentner bestimmt. Bei der Berechnung der Preise wurde von den durch eingehende Revisionen und Rechnungsprüfungen tatsächlich ermittelten Kosten des Vorjahres ausgegangen. Hierbei wurde nach Vornehmen mit den Arbeiterverbänden und den anderen Beteiligten die Steigerung der Verarbeitungslosten berücksichtigt, die besonders durch die Erhöhung der Löhne, der Kohlenpreise und Fracht eintritt. Bei Festsetzung des Rohzuckerpreises ist der im Frühjahr festgesetzte Mindestpreis für Zuckerrüben von vier Mark zugrundegelegt. Der Großhandelszuschlag mußte ebenfalls mit Rücksicht auf die gestiegenen Frachtkosten und die Erhöhung sonstiger Unkosten heraufgesetzt werden. Er ist auf 3,70 Mark bestimmt. Dabei ist die Möglichkeit vorgesehen, ihm auch im Verlaufe des Jahres zu erhöhen, falls besondere Verhältnisse dies notwendig machen. Für den Fall einer Erhöhung der Zuckerpreise oder einer Verringerung der Unkosten ist dem Reichswirtschaftsminister die Ermächtigung vorbehalten, die Preise anzupassen. Gleichzeitig wurde durch die erlassene Verordnung die Aufhebung der Zwangsversteigerung über zuckerhaltige Futtermittel mit Ausnahme der Melasse ausgesprochen. Melasse kann im bisherigen Umfang von den Rüben verarbeitenden Zuckerfabriken an Viehhofbesitzer zurückgegeben werden, bleibt aber im übrigen für wirtschaftliche Zwecke in öffentlicher Versteigerung. Zur Frage, ob die Zuckerzwangswirtschaft im Herbst 1920 aufzuheben ist, konnte endgültig noch nicht Stellung genommen werden.

#### Soziales.

Die Lohnregelung im Steinkohlenbergbau. Die zwischen dem Zechenverband und den der Zentralgemeinschaft angeschlossenen Gewerkschaftsorganisationen der im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau beschäftigten Arbeiter seit Monaten schwebenden Verhandlungen über den Abschluß eines Rahmen- und Lohnvertrages sind nach einer Meldung der Tel.-Union aus Essen beendet worden. In dem Lohnvertrag sind für die einzelnen Arbeitergruppen Tarife eingeführt worden. Es steht zu hoffen, daß der Vertrag dazu beitragen wird, die Ruhe und Zufriedenheit unter den Bergarbeitern zu erhalten.

Neue Beihilfen an bedürftige Hinterbliebene. Entsprechend dem am 23. August 1919 gefassten Beschluß der Nationalversammlung ist in die Ergänzung zum Haushaltsentwurf des Reichsarbeitsministeriums ein Betrag von 100 Millionen Mark eingelegt worden, der zur Gewährung von Beihilfen an bedürftige Hinterbliebene verwendet werden soll. Die Verteilung dieser Beihilfen soll den amtlichen Fürsorgestellen übertragen werden. Die Maßnahmen sollen namentlich dazu dienen, die für den Winter zu erwartenden besonderen Notstände zu lindern, insofern es ihnen die Beihilfen für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis 31. März 1920 bewilligt werden. Es wird voraussichtlich möglich sein, die Beihilfen spätestens in der zweiten Hälfte des November zu zahlen, und zwar rückwirkend für Oktober und November zusammen.

#### Industrie, Handel und Gewerbe.

Das Grundwareneinfuhrgesetz vom 10. 9. 1919 ist mit dem 1. Oktober d. Js. in vollem Umfange in Kraft getreten. Gemäß § 48 dieses Gesetzes unterliegen Grundwaren, die sich am 1. Oktober 1919 außerhalb der Räume eines angemeldeten Fabrikbetriebes, eines Zoll- oder Steuerlagers oder einer Zollniederlage im Besitze von Herstellern, Händlern, Wirtsen, ferner von Konsumvereinen, Kaufmännischen, Vogen und ähnlichen Vereinigungen befinden, der Nachsteuer. Letzterer sind auch diejenigen Grundwaren unterworfen, welche sich in Automaten oder ähnlichen zum Verkaufe dienenden Vorrichtungen befinden, bezw. welche in den Privaträumen der Händler usw. verwahrt werden. Nach § 5 der vom Reichsfinanzministerium herausgegebenen Nachsteuerordnung haben die nach-

ste doch nicht billigen. Sei nur versichert, daß ich von den notwendigen Folgen meines Tuns überzeugt war! Aber sie werden nun ohne Bedeutung für mich sein. Denn mein Geschick hat eine unerwartete Wendung erfahren.

„Unerwartete Wendung?“ wiederholte Jensen gedehnt. „Willst du nicht klar und offen einfach Tatsachen anführen? Wozu dieses geheimnisvolle Andeuten!“

Er kniff die Lippen zusammen und runzelte die Stirn. Das vorhin über ihn gekommene Gefühl der Erleichterung flaute plötzlich erheblich ab und machte dem der Verantwortung, die nötigenfalls einhaltgebietend sich erheben mußte, Platz.

Marianne hatte nach ihren Worten die Augen gesenkt, und in ihr Gesicht war eine leise Rote gekommen. Als Jensen seine aufschlußbegehrenden Fragen stellte, ließ das Karmin einer Verwirrung, die sie unendlich reizend erscheinen ließ, bis zum Halse hinab. Sie hatte sich die Preisgabe ihres jungen Geheimnisses und das Sprechen über ihr Brautwerden leichter vorgestellt, als ihr dies jetzt ankam. Aber es war nun nötig, ohne Umschweife zu reden. Sie hob den Kopf und sagte leise, aber doch bestimmt, wie einer, der weiß, daß ihn von seinem Vorhaben nichts abbringen kann:

„Ich habe mich heute vormittag mit dem Maler Hans Koerber verlobt. Er will mich in kürzester Zeit zu seinem Weibe machen. Die wenigen Wochen bis zu dem Tage unserer ehelichen Verbindung will ich bei einer ihm befreundeten Familie verleben. Ich reise morgen früh ab.“

Das also war die „unerwartete Wendung“! Auf sie war Jensen nicht vorbereitet gewesen. Seine Lippen öffneten sich in maßlosem Erstaunen und ließen ein langgezogenes „Ah!“ entweichen. Halb erzeugte es die Ueberraschung, halb ein im Entstehen begriffener Zorn.

Der Zorn darüber, daß die Kirche der Ort gewesen war, wo diese Liebesgeschichte sich entwickelt hatte. Also doch nicht nur, wahrscheinlich überhaupt nicht, die so verschieden und vielfach betonte Liebe zur Kunst. Komödie, Komödie und Lüge... elende, erbärmliche Lüge!

Fortsetzung folgt.

## Marianne.

Rebelle von Fritz Gahner.

Nachdruck verboten.

Er hatte viel vergeben, seit Marianne in seinem Hause weilte: ihren Unglauben, weil er auf Glauben hoffte, ihre Verschlossenheit, weil er auf Freundschaft wartete, ihre Gleichgültigkeit gegen alles, was er an ihr getan und noch täglich tat, weil er glaubte, die Dankbarkeit doch einst als stille Blüte in ihrem Herzen ersprießen zu sehen. Das war eine lange, schöne Reihe, die eines Christen Schmutz sein durfte. Aber nun kam der endgültige Punkt, der sie zum Abschied brachte. Denn den schamlosen Verrat mit einem Manne in dem heiligen Raum St. Gertraudens konnte er ihr nicht vergeben. Ja, wenn sie nicht wieder gegangen wäre, würde vielleicht auch über dieses Vergehen das Gras des Vergessens gewachsen sein. Aber das struppige Uebertreten eines strikten Befehls brachte das unwiderrufliche Ende alles Vergessens.

Und doch stand er auf der letzten Treppenstufe noch einmal unschlüssig und wischte sich mit seinem rotgeblümten Schnupftuche den Schweiß von der Stirn.

Denn er bedachte auch etwas anderes.

Was wurde aus seiner Nichte, wenn er sie verließ? Trieb er sie nicht der Verzweiflung in die Arme? Würde es nicht ihr Untergang sein, wenn Elend und Not sie mit rauhen Fäusten packten? Und war sie nicht seiner Schwester Kind, ein Stück von seinem eigenen Fleisch und Blut? —

Die widerstrebendsten Gefühle bestürmten ihn und hielten ihn mit starken Händen davon ab, seinen so entschlossen gefassten Voratz zur Ausführung zu bringen.

Sollte er zu Pastor Jakobien gehen, um sich Rat zu holen? Ach, er wußte im Voraus, was er bei ihm zu hören bekommen würde. Ganz sicher sagte der etwa: „Lieber Freund, Geduld, Geduld! Versuchen Sie's noch einmal!“ Und: „Sie sehen die Sache schlimmer an, als sie es in Wirklichkeit ist. Was tat Ihre Nichte denn Unrechtes?“

Und als er noch so stand und mit dem fest zusammengeknüllten Tuche immer wieder nervös über die Stirn fuhr, klang von der Küche herauf Males Numoren, das durch rückichtsloses Aufmerksamsein und Aufpassen der

Die Auskünfte müssen sehr genau erteilt werden.  
Die 3, den 26. Oktober 1919.  
Der Chef der Militärverwaltung des Unterstaatskrones.  
Chattras, Major.

monatl. Glückwünsche  
G. Blume & Co., Hamburg